

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Aufnahme von Zollvollzugsbeamten in das Bundespolizeibeamtengesetz

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass die Vollzugsbeamten der Zollverwaltung personalrechtlich der Bundespolizei gleichgestellt und zukünftig auch durch den § 1 des Bundespolizeibeamtengesetzes mit erfasst werden.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Mit der Aufnahme von Zollvollzugsbeamten in das Bundespolizeibeamtengesetz würde endlich der bundesweite Flickenteppich beseitigt werden und Vollzugsbeamte der Zollverwaltung rechtlich mit Polizeibeamten der Bundespolizei gleichgestellt werden.

Mit dieser Regelung ist es den Beamten des Zolls dann auch möglich, bei Kontrollen Straftäter selbstständig festzusetzen und der Polizei zu übergeben, ohne auf diese warten zu müssen oder im schlimmsten Fall die Täter laufen lassen zu müssen.

Auch die personalrechtliche Gleichstellung mit der Bundespolizei ist längst überfällig.